

N i e d e r s c h r i f t

**über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses am Montag, den 16. Januar 2017,
20.00 Uhr im Sitzungszimmer des Rathauses**

Es sind erschienen:

Stv. Bürgermeister Jan Martin Janssen
Stv. Bürgermeister Gert Kämper
Ratsherr Ingo Börgmann
Ratsherr Robin Kuper
Ratsherr Olaf Sommer

Bürgermeister Uwe Garrels
Allgemeiner Vertreter Ralf Heimes
Tourismusmanager Hinrik Dollmann
Leiter Reedereibetrieb Jens Heyen
Protokollführerin Katja Heimes

Als Gast:

Ratsherr Jochen Voß

Es fehlt entschuldigt:

Ratsvorsitzender Rainer Adelmund, Vors
Ratsherr Kim Streitbürger

Finanzleiterin Gabriele Rüffert
Abteilungsleiter Inselbahn Jens Lühring
Abteilungsleiter IT Ralph Rüffert

Zu Punkt 1 und 2: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Garrels weist darauf hin, dass aufgrund des Fehlens des Vorsitzenden und der noch nicht vorgenommenen Bestimmung eines Stellvertreters eine Sitzungsleitung bestimmt werden müsse. Er selber dürfe keine Ausschusssitzungen leiten.

Die Ausschusssmitglieder wählen mit 4 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung Stv. Bürgermeister Janssen zur Sitzungsleitung.

Stv. Bürgermeister Janssen eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Ratsherr Voß äußert, dass seiner Meinung nach die Punkte 10 und 11 vom Inhalt her in der Reihenfolge auf der Tagesordnung getauscht werden müssten.

Stv. Bürgermeister Janssen erläutert, dass es sich um verschiedene Punkte handelt, die unabhängig voneinander behandelt werden könnten.

Ratsherr Kuper beantragt den Punkt 6 aufgrund weiteren Beratungsbedarfes und der Abwesenheit von Herrn Lühring von der Tagesordnung abzusetzen.

Bürgermeister Garrels antwortet, dass der Punkt durchaus diskutiert werden könne. Er und Allgemeiner Vertreter Heimes könnten Erläuterungen geben. Die Beratung sollte geführt werden.

Der Antrag von Ratsherrn Kuper wird mit 4 Nein-Stimmen und 1 Ja-Stimme abgelehnt.

Zu Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses am 12.12.2016

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses am 12.12.2016 wurde allen Ausschussmitgliedern zugeleitet.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses am 12.12.2016 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 5: Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen

Es werden keine Fragen gestellt.

**Zu Punkt 6: Neuausrichtung der An- und Abflugsektoren des Hubschrauberlandeplatzes Langeoog
(s. Vorlage Nr. VO17-001)**

Stv. Bürgermeister Janssen verliest die Vorlage.

Ratsherr Kuper wendet ein, dass der erste Absatz der Vorlage erlogen sei. Es handle sich hier nicht um eine neue Erkenntnis der Verwaltung. Der Hubschrauberlandeplatz hätte bereits in 2007 angepasst werden müssen. Dies sei der Verwaltung auch bekannt gewesen. Die jetzige Position erfülle nicht mehr die Aufgabe eines Hubschrauberlandeplatzes.

Bürgermeister Garrels teilt mit, dass aus diesem Grund der Landeplatz neu ausgerichtet werden soll.

Ratsherr Kuper bringt vor, dass bereits ehemaliges Personal auf das Verfahren hingewiesen habe. Der Landeplatz müsse bis zu 120 m Abstand zum Rollfeld haben. Die neue Frachthalle liege somit im Anflugsektor, zudem sei ein Schwebeflug bei der jetzigen Parksituation für die Flugzeuge entlang der Rollwege nicht mehr legal. Ratsherr Kuper sieht es als sinnvoll an den gesamten Flugplatz neu zu planen. Gleichzeitig erwarte er die Aussage der Verwaltung wie durch die Gemeinde weiter mit dem Flugplatz verfahren werden soll. Wäre in 2013 die Verpachtung an einen Interessenten erfolgt, hätte dieser auch den Hubschrauberlandeplatz verlegt, sowie eine Halle einschließlich Wohnraum und Tagungsraum errichtet. Insgesamt sollen jetzt € 300.000,00 Schiffahrtsgelder (€ 100.000,00 für den Hubschrauberlandeplatz und € 200.000,00 für die Halle) ausgegeben werden. Er empfiehlt die Rückstellung des Punktes und die Planung eines Gesamtkonzeptes.

Stv. Bürgermeister Kämper erklärt, dass eine moralische Verpflichtung bestehe und der Hubschrauberlandeplatz vorgehalten werden müsse. Er habe sich die Homepage der Planungsfirma angesehen. Die Firma M. Lehmann plane seit 1993 ausschließlich Landeplätze für Hubschrauber. Die Planung erfolge bis zur Betriebsgenehmigung. Er gehe von einem guten Partner aus. Er spreche sich für die von der Verwaltung vorgeschlagene Variante 5 aus. Zusätzlich sollte eine Neupflasterung des Landeplatzes erfolgen.

Bürgermeister Garrels äußert, dass der Platz dringend benötigt werde. Er verweist darauf, dass trotz Vorschriften die Umsetzung auch davon abhängen würde, wann man sich einen Umbau finanziell erlauben könne. Die Luftaufsicht habe der Neuausrichtung zugestimmt. Die Planung durch die Infrastruktur-Consult sei schlüssig. Der Bau einer Halle auf dem Gelände sei dadurch nicht behindert. Erst nach der Entscheidung über den Platz könne eine Halle geplant werden. Bürgermeister Garrels erklärt, dass im Anflugsektor keine Hindernisse vorhanden sein dürfen, daher sei die Vari-

ante 5 passend. Die Ausrichtung und Größe des Platzes würde verändert. Er schlägt vor, dass der Platz neu gepflastert werden sollte. Er verweist diesbezüglich auch auf die Neuverkabelungen.

Ratsherr Kuper empfiehlt den Ausschussmitgliedern die Richtlinien der AVV zu lesen. Es ginge auch um andere Vorschriften. Er verweist auf das Feuerlösch- und Rettungswesen.

Stv. Bürgermeister Janssen erklärt, dass die Genehmigung für den Platz hergestellt werden sollte und mit der Umsetzung nicht lange gewartet werden dürfe.

Ratsherr Kuper verweist auf die hohe Seitenwind-Komponente. Seiner Meinung nach sei der Platz bei nur zwei An- und Abflugrichtungen in der Nutzung eingeschränkt.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass die AVV durch Herrn Lehmann geprüft werde. Dies sei auch Aufgabe der Untersuchung. Er verweist darauf, dass der Hubschrauber jederzeit woanders landen dürfe.

Ratsherr Kuper bedauert, dass sein Vorschlag zur Verlegung des Hubschrauberlandeplatzes, und somit die Möglichkeit den Platz von allen Seiten anzufliegen, nicht umgesetzt wird. Dies sei der Sicherheit und Verfügbarkeit deutlich dienlicher. Die jetzige Verfahrensweise sehe er als Notlösung.

Stv. Bürgermeister Kämper fragt warum eine Verlegung des Platzes nicht möglich sei, damit er von allen Seiten anfliegbar wäre.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass bei einer Verlegung das gesamte Genehmigungsverfahren für eine neue Fläche des Hubschrauberlandeplatzes neu beantragt werden müsse.

Stv. Bürgermeister Kämper äußert, dass er der Ausführung vom Bürgermeister folgen könne.

Allgemeiner Vertreter Heimes bemerkt, dass eine Verlegung des Landeplatzes deutlich höhere Kosten zur Folge hätte.

Die Frage von Ratsherrn Sommer, ob jetzt eine Verlegung des Platzes erfolge, verneint Bürgermeister Garrels. Der Platz würde gedreht und vergrößert.

Ratsherr Kuper bittet den Beschlussvorschlag dahingehend zu erweitern, dass eine Überprüfung erfolgt, wieviel Mehraufwand nötig sei um für den Hubschrauberlandeplatz eine Vollnutzung zu erreichen.

Stv. Bürgermeister Kämper verweist auf die Wirtschaftlichkeit. Hier würden wieder Planungskosten anfallen. Er stellt den Antrag dem Beschluss zu folgen und den Beschluss dahingehend zu erweitern, dass die Fläche des Hubschrauberlandeplatzes neu gepflastert wird.

Ratsherr Voß fragt, wieweit die Sicherheit gegeben sei, wenn nur zwei Richtungen zur Landung vorgegeben sind und ob der Hubschrauber trotzdem immer landen könne.

Bürgermeister Garrels wird die Frage an das Planungsbüro weiterleiten.

Ratsherr Kuper verweist darauf, dass seiner Meinung nach Punkte aus AVV immer noch kritisch seien.

Auf Antrag von Stv. Bürgermeister Kämper empfiehlt der Betriebsausschuss mit 4 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme den Neubau und Neuausrichtung des vorhandenen Hubschrauberlandeplatzes nach den derzeit geltenden rechtlichen Vorgaben. Die Verwaltung wird mit der Planung gemäß der in der Voruntersuchung vorgeschlagenen Variante 5, einschließlich einer Neupflasterung des Plateau, auf Basis der Grobkostenschätzung in Höhe von netto € 117.920,00 beauftragt.

Gleichzeitig wird die Beauftragung der Infrastruktur-Consult Mathias M. Lehmann gemäß dem vorgelegten Kostenvoranschlag in Höhe von netto € 9.217,50 zur Kenntnis genommen. Das Ergebnis der Planung wird dem Rat zur Entscheidung vorgelegt. Die Planungskosten erhöhen sich entsprechend der Gesamtkosten für den Neubau.

**Zu Punkt 7: Anschaffung von 150 Strandkörben für die Saison 2017
(s. Vorlage Nr. VO17-002)**

Ratsherr Kuper verweist auf die veränderte Strandsituation. Der Strand sei inzwischen so schmal, dass eventuell die vorhandenen Körbe ausreichend seien.

Tourismusmanager Dollmann erklärt, dass er kein Risiko eingehen wolle. Die neuen Körbe würden benötigt. Die Situation am Weststrand habe sich verbessert. Durch die Strandkorbvermietung erziele der Tourismus-Service seine Einnahmen zur Unterhaltung des Strandes.

Bürgermeister Garrels weist darauf hin, dass im letzten Jahr die Korbmieten erhöht wurden. Dem Gast müsse entsprechende Qualität und Serviceleistung angeboten werden. Zudem sei es Ziel den Hauptstrand zur Saison 2017 zu ertüchtigen, so dass dort wieder mehr Körbe aufgestellt werden können.

Der Betriebsausschuss empfiehlt einstimmig die Auftragsvergabe zur Lieferung von 150 Stück Strandkörben an die Firma Eggers Strandkorbfabrik oHG, Mölln, für die Saison 2017 zum Preis von netto € 85.004,32.

**Zu Punkt 8: Ersatzbeschaffung eines Traktors für den abgängigen MF-Strandtraktor
(s. Vorlage Nr. VO17-003)**

Der Betriebsausschuss empfiehlt einstimmig die Neuanschaffung eines Traktors der Marke Case Maxxum 115 über die Firma Koch & Willms, Esens, für den Strandbereich zum Preis von € 72.256,00 auf Leasingbasis zu übernehmen.

**Zu Punkt 9: Planung einer mobilen Chlorgas- und einer mobilen Lüftungsanlage für das Therapiebecken des KWC
(s. Vorlage Nr. VO17-004)**

Der Betriebsausschuss empfiehlt einstimmig die john becker ingenieure mit der Konzeptionierung mobiler (Container) Lösungen für den Chlorgasraum und die Lüftungsanlage des Therapiebeckens zu beauftragen und entsprechende Preisangebote einzuholen.

Wegen der Dringlichkeit soll das Ergebnis dieser Planung und die damit verbundene Sanierung per Eilverfahren dem VA vorgestellt und von diesem entschieden werden.

**Zu Punkt 10: Erster Bauabschnitt Umzug der KWC-Funktionen in das FEB
Schaffung von Mitarbeiter-Sanitärräumen, MA-Umkleiden,
MA-Aufenthaltsraum und Leitungsbüro
(s. Vorlage Nr. VO17-005)**

Der Betriebsausschuss empfiehlt einstimmig

1. Die Entkernung des alten Gastro- und Shopbereiches teilweise mit eigenen Mitteln.
2. Die Begradigung des ehemaligen Restaurant-Eingangs, ca. 33 qm Mauerfläche.
3. Die Ausschreibung des ersten Bauabschnitts, Umbau des entkernten Bereichs zu einem Eingangs- und Sozialbereich mit Kiosk, Mitarbeiter-Umkleiden, Aufenthaltsraum für Mitarbeiter, Leitungsbereich und einem vergrößerten Ruhebereich für Gäste vor dem Kopf des Wellenbeckens vorzunehmen und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

**Zu Punkt 10: Überarbeitung des Konzeptes des Tourismus-Service in Bezug auf die Gebäude Kur- und Wellnesscenter und Haus der Insel
(s. Vorlage Nr. VO17-006)**

Der Betriebsausschuss empfiehlt einstimmig die Verwaltung zu beauftragen ein Pflichtenheft als Basis für ein gemeinsames Interessenbekundungsverfahren zur Verwendung des KWC- und HDI-Gebäudes erstellen zu lassen und dieses dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Stv. Bürgermeister Janssen merkt an, dass vor Erstellung des Pflichtenheftes allen Ratsmitgliedern noch einmal die Ergebnisse aus der Begehung vorgestellt werden sollten.

Tourismusmanager Dollmann schlägt in diesem Zusammenhang vor mit Vertretern des Rates und der Verwaltung die Tourismus-Einrichtungen in St. Peter Ording zu besichtigen.

Bürgermeister Garrels fügt hinzu, dass ein Besichtigungstermin im Februar möglich sei.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich für die Besichtigung aus.

Zu Punkt 12: Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

1. Bürgermeister Garrels berichtet, dass die Versicherung der Reederei MAERSK eine Abschlagszahlung in Höhe von € 20.000,00 leisten wird. Davon würden die Kosten für die Helfer übernommen. Bürgermeister Garrels verweist auf die Entsorgung des Holzes, die er gerne auf kurzem Dienstwege gelöst hätte. Geklärt werden müssen noch die Kunststoffstreifen. Diese seien in der Ladung nicht klar deklariert. Es sei jedoch schlüssig, dass sie zu der Ladung der Plastikeier dazu gehörten, da diese nur in diesem Zusammenhang angespült worden seien. Die vermutlichen Gesamtkosten in Höhe von € 30.000,00 wurden vom Versicherer mündlich anerkannt. Bürgermeister Garrels berichtet weiter, dass sobald der Schnee nicht mehr vorhanden sei, ein Reinigungsunternehmen die Kunststoffstreifen nochmals per Hand aufsammeln wird.

Bürgermeister Garrels teilt mit, dass er heute im Rahmen der Dienstbesprechung der Fremdenverkehrsträger zu dem Thema mit dem Landrat gesprochen habe. Herr Heymann habe der Inselgemeinde eine Unterstützung, für den Fall, dass es bezüglich der Übernahme von Kosten der Entsorgung Unstimmigkeiten geben sollte, zugesagt. Gleichzeitig habe er einen Anruf von der Umwelt-Staatssekretärin Kottwitz erhalten. Auch diese habe eine politische Unterstützung zugesagt. Er habe mit Frau Kottwitz auch über die Entsorgung der angespülten Holzcontainer gesprochen. Bürgermeister Garrels berichtet über die Situation.

Der Zoll habe eine Bergung untersagt. Inzwischen habe sich durch die Container und das in den Dünen verteilte Holz ein hohe Belastung für die Landschaft ergeben. Die Kosten für die Bergung von Seeseite sehe er bei ca. € 100.000,00. Frau Kottwitz habe zukünftig eine unbürokratischere Lösung zugesagt.

Stv. Bürgermeister Janssen fügt hinzu, dass die Container mit der Holzladung durch die Sturmflut inzwischen zerstört seien. Hätte die durch ortsansässige Unternehmen begonnene Bergung zu Ende geführt werden dürfen, wäre diese in zwei Tagen erledigt gewesen.

Zu Punkt 13: Anträge und Anfragen

1. Ratsherr Voß erinnert an seine Anfrage zu den Kosten für den Einsatz einer zusätzlichen Fähre.

Bürgermeister Garrels teilt mit, dass die Kosten für ein großes Fahrgastschiff pro Fahrt bei € 1.200,00 liegen.

2. Ratsherr Voß stellt die Frage, warum der rote Salon auf den Fahrgastschiffen zur 16.30 Uhr Abfahrt häufig verschlossen bleibe. Die Abfahrt würde zumeist von Arbeitern genutzt und das Schiff sei entsprechend voll.

Leiter Reedereibetrieb Heyen wird die Angelegenheit prüfen. Er weist darauf hin, dass nur eine Schließung erfolge, wenn auf dem übrigen Schiff für die Anzahl der Passagiere ausreichend Platz sei. Durch die Arbeiter würde der rote Salon häufig sehr dreckig hinterlassen, was einen erheblichen Reinigungsaufwand mit sich bringe.

Ratsherr Voß verweist auf die Service-Leistung. Den Fahrgästen müsse entsprechender Platz angeboten werden.

Ratsherr Börgmann fügt hinzu, dass auch Arbeiter zahlende Gäste seien. Der untere Bereich müsse geöffnet sein.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass das untere Deck nicht geöffnet werde, wenn alle Fahrgäste auf die übrigen Decks passen. Er bittet solche Informationen bzw. Daten kurzfristig weiterzugeben, damit direkt gehandelt werden könne. Man wolle guten Service leisten.

Ratsherr Sommer äußert, dass er die Auslage mit rotem Teppich als Fehlkonstruktion ansehe. Das Deck sollte die gleiche Auslage erhalten wie das übrige Schiff.

Bürgermeister Garrels verweist auf den Baudreck, der häufig auf das Schiff getragen werde. Ferner würden Arbeitsgeräte auf die Sitzpolster gelegt. Der Fahrgast sei auch verpflichtet die Plätze pfleglich zu behandeln.

3. Ratsherr Voß bringt vor, dass es im Ort Unruhe bezüglich der Schließungszeiten der Sauna gäbe. Eine Alternative im Kur- und Wellnesscenter sei nicht vorhanden.

Tourismusmanager Dollmann teilt mit, dass die Sauna im Kur- und Wellnesscenter defekt sei. Eine Reparatur sei zu aufwändig. Man habe den Langeooger Sauna-Damen für die Schließzeit der Sauna im Freizeit- und Erlebnisbad die Nutzung der Hotel-Saunen als Übergangslösung empfohlen. Tourismusmanager Dollmann führt weiter aus, dass es zudem ein Problem sei, dass die gesamte Sauna mittwochs als Damensauna deklariert sei und Gäste die Sauna nicht nutzen können. Dies führe immer wieder zu Beschwerden. Zu-

künftig sei geplant am Mittwoch nur eine Sauna ausschließlich für Damen zu reservieren und die übrigen Saunen gemischt freizugeben.

Ratsherr Börgmann erklärt, dass der Ofen der Sauna im Kur- und Wellnesscenter defekt und der Aufwand für die Reparatur zu groß sei. Ferner habe man die Wirtschaftlichkeit gegengerechnet. Bei der Beschränkung auf Damen- oder Herrensauna seien zu wenig Personen in den Saunen. Man müsse andere Gäste wegschicken. Außerdem müsste bei der abendlichen Nutzung der Sauna im Kur- und Wellnesscenter zusätzlich Personal gestellt werden.

Tourismusmanager Dollmann ist sich sicher, dass mit den Langeooger Sauna-Damen eine gute Lösung gefunden werde.

Bürgermeister Garrels stellt richtig, dass die Dienstleistung der Damensauna zukünftig erhalten bleibe. Die restlichen Saunen sollen dann aber für alle zugänglich sein.

4. Ratsherr Sommer fragt, ob durch die Stürme eine Gefahr für die Seewasserleitung bestehe.

Ratsherr Börgmann antwortet, dass derzeit das Wasser aus dem Schwimmbad verrieselt würde und alles normal laufe.

Tourismusmanager Dollmann fügt hinzu, dass er eher ein Problem mit den Versorgungsleitungen in den Dünen sehe.

Zu Punkt 14: Einwohnerfragestunde


Es werden keine Fragen gestellt.

Zu Punkt 15: Schließung der Sitzung

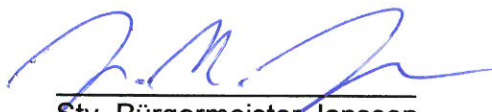
Ende der Sitzung: 21.05 Uhr



 Uwe Garrels
 Bürgermeister



 Katja Heimes
 Protokollführerin



 Stv. Bürgermeister Janssen
 Sitzungsleitung